

1
2 **Antragsteller: Tom Wanner**

3
4
5 Gesellschaftskunde und WiPo als Basis für frühere Mitbestimmung

6
7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

9
10
11 **Antrag:**

12 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

13 Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert,
14 das Fach Wirtschaft/Politik ab der 7. Klasse in allen Schulformen verpflichtend zu
15 machen.

16
17 **Begründung:**

18 In vielen Fällen kommt die politische Bildung bislang zu kurz und führt dazu, dass
19 viele junge Menschen in ihrer Schulzeit selten in Berührung mit Politik kommen.
20 Hieraus wird von vielen mangelndes politisches Interesse der „Jugend“ abgeleitet,
21 wohingegen viele junge Menschen durchaus starkes Interesse haben, welches aber
22 bislang vernachlässigt wird. Um politisches Interesse entweder zu fördern oder zu
23 wecken, bedarf es eines verpflichtenden WiPo-Unterrichts ab der 7. Klasse, der sich
24 nicht auf reines Lernen in der Schule beschränkt. Dabei sollten die Grundlagen durch
25 die obligatorische Einführung eines Gesellschaftsunterrichts ab der 5. Klasse
26 vermittelt werden.

27 Die Schüler sollen mit der Politik und ihren Akteuren in Berührung kommen. Dabei
28 reicht es allerdings nicht, nur in Wahlkampfzeiten Podiumsdiskussionen für die
29 wahlberechtigten Schülerinnen und Schülern abzuhalten. Stattdessen müssen diese
30 regelmäßig zu unterschiedlichen Themen stattfinden, um allen Schülerinnen und
31 Schülern die Möglichkeit zu geben, die unterschiedlichen politischen Meinungen und
32 Strömungen kennenzulernen und sich selbst ein Bild machen zu können. Hierfür
33 bieten sich Organisationen, wie der Verband politischer Jugendorganisationen,
34 insbesondere die örtlichen Jugendorganisationen, als politische Vertreter der jungen
35 Generation an.

36 Bildungsausflüge zu den politischen Institutionen auf Landes- und Bundesebene
37 sollten obligatorisch in den Lehrplan integriert werden. Angelehnt an bereits
38 bestehende Projekte wie das „Polis-Seminar“, sollen solche in ähnlicher Gestaltung
39 im Lehrplan vorgesehen werden. Hiermit wird die Möglichkeit eröffnet, theoretische
40 Inhalte praktisch anzuwenden und methodische Fähigkeiten zu entwickeln. Ziel
41 dieser Umstrukturierung ist es, den Schülerinnen und Schülern nach Beendigung
42 ihrer Schulzeit ein allgemeingültiges, grundlegendes Verständnis von den politischen
43 Akteuren und Prozessen mit auf den Weg zu geben. Sie erlangen die Fähigkeit, sich
44 in der modernen Gesellschaft und Wirtschaft angemessen zu orientieren, auf
45 demokratischer Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen
46 und sich selbst aktiv in politische Prozesse einzubringen.